

No. 32524

**GERMANY
and
CAPE VERDE**

Treaty concerning the promotion and reciprocal protection of investments (with protocol). Signed at Bonn on 18 January 1990

Authentic texts: German and Portuguese.

Registered by Germany on 8 February 1996.

**ALLEMAGNE
et
CAP-VERT**

Traité relatif à l'enconrageement et à la protection réciproque des investissements (avec protocole). Signé à Bonn le 18 janvier 1990

Textes authentiques : allemand et portugais.

Enregistré par l'Allemagne le 8 février 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND DER REPUBLIK KAP VERDE ÜBER DIE FÖRDERUNG
UND DEN GEGENSEITIGEN SCHUTZ VON KAPITALAN-
LAGEN

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Kap Verde –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen
beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen
von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im
Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher
Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaft-
liche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu
mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsmarken, Handelsnamen, Know-how und Goodwill;

- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufschungs- und Gewinnungskonzessionen;
- eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, lässt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
- 2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum entfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
- 3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in bezug auf die Republik Kap Verde: Kapverdier im Sinne des in der Republik Kap Verde geltenden Staatsangehörigkeitsgesetzes;
- 4. bezeichnet der Begriffe „Gesellschaften“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht, sofern sie ihren Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Vertrags hat,
 - b) in bezug auf die Republik Kap Verde: jede Kollektivpersönlichkeit, sofern sie ihren Sitz im kapverdischen Geltungsbereich dieses Vertrags hat.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von

Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziiierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder ver-

gleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) von Lizenz- oder anderen Entgelten für die in Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe d genannten Rechte;
- e) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr

Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds im Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder für den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieser Vertrag bleibt auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die aufgrund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art sind spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufzuheben, unabhängig davon, ob diplomatische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Dieser Vertrag gilt – mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 6, soweit sie sich auf die Luftfahrt beziehen – auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Kap Verde innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenseitige Erklärung abgibt.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 18. Januar 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik
Deutschland:
ALOIS JELONEK

Für die Republik
Kap Verde:
A. RODRIGUES PIRES

PROTOKOLL

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kap Verde über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die Bestandteile des Vertrags sind:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.

- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufzuhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar zur Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

[PORTUGUESE TEXT — TEXTE PORTUGAIS]

ACORDO ENTRE A REPÚBLICA FEDERAL DA ALEMANHA E A
REPÚBLICA DE CABO VERDE SOBRE PROMOÇÃO E PROTEC-
ÇÃO RECÍPROCA DE INVESTIMENTOS

A República Federal da Alemanha

e

a República de Cabo Verde,

animadas do desejo de intensificar a cooperação económica entre os dois Estados,

desejando criar condições favoráveis para investimentos de nacionais ou sociedades de um Estado no território do outro Estado,

reconhecendo que a promoção e a protecção desses investimentos por meio de um Acordo poderão servir para estimular a iniciativa económica privada e incrementar o bem-estar de ambos os povos,

acordaram o seguinte:

Artigo 1

Para os efeitos do presente Acordo

1. O termo "investimentos" compreende toda a espécie de bens, nomeadamente
 - a) propriedade de bens móveis e imóveis, bem como outros direitos reais tais como hipotecas e penhoras;
 - b) títulos de participação em sociedades e outros tipos de participação em sociedades;
 - c) direitos relativos a dinheiro que foi aplicado para gerar valor económico ou direitos a prestações com valor económico;
 - d) direitos de autor, direitos de propriedade industrial, processos técnicos, marcas comerciais, denominações comerciais, know-how e goodwill;
 - e) concessões de direito público, incluindo concessões de pesquisa, exploração e extração.

A alteração da forma pela qual os bens forem investidos não afectará a sua qualidade de investimento de capitais.

2. O termo "rendimentos" designa as quantias geradas por um investimento num determinado período tais como lucros, dividendos, juros, royalties ou outras formas de remuneração relacionadas com o investimento.
3. O termo "nacionais" designa:
 - a) no que respeita à República Federal da Alemanha: Alemanhas tais como se encontram definidos na Lei Fundamental da República Federal da Alemanha;
 - b) no que respeita à República de Cabo Verde: Cabo-verdianos tais como se encontram definidos na Lei da Nacionalidade vigente na República de Cabo Verde.
4. O termo „sociedades“ designa:
 - a) em relação à República Federal da Alemanha: toda a pessoa jurídica, bem como as sociedades comerciais ou outras sociedades ou associações, com ou sem personalidade jurídica, com fins lucrativos ou não, desde que tenham sede na área alemã de aplicação do presente Acordo;
 - b) em relação à República de Cabo Verde:
toda a pessoa colectiva, desde que tenha sede na área cabo-verdiana de aplicação do presente Acordo.

Artigo 2

1. Ambas as Partes Contratantes permitirão investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante no seu território, de acordo com as disposições legais vigentes, promovendo-os na medida do possível. Em todos os casos concederá aos investimentos tratamento justo e devido.

2. Nenhuma das Partes Contratantes dificultará de forma alguma a administração, a aplicação, o uso ou o aproveitamento dos investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante no seu território através de medidas arbitrárias ou discriminatórias.

Artigo 3

1. Nenhuma das Partes Contratantes dará aos investimentos no seu território que sejam propriedade ou que estejam sob controlo de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante um tratamento menos favorável do que o concedido aos investi-

mentos dos seus próprios nacionais e sociedades ou aos investimentos de nacionais e sociedades de terceiros Estados.

2. Nenhuma das Partes Contratantes dará aos nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante, no que diz respeito à sua actividade quando esta se relaciona com investimentos no seu território, um tratamento menos favorável do que o concedido aos seus próprios nacionais e sociedades ou a nacionais e sociedades de terceiros Estados.

3. Este tratamento não se refere a privilégios que uma das Partes Contratantes concede a nacionais ou sociedades de terceiros Estados pelo facto de serem membros de uma união aduaneira ou económica, de um mercado comum ou de uma zona de comércio livre ou por a eles estarem associados.

4. O tratamento acordado neste Artigo não se refere a benefícios que uma das Partes Contratantes concede a nacionais ou sociedades de terceiros Estados em consequência de um acordo de dupla tributação ou de outros acordos sobre questões fiscais.

Artigo 4

1. Os investimentos de nacionais ou sociedades de uma das Partes Contratantes gozarão no território da outra Parte Contratante de plena protecção e de plena segurança.

2. Os investimentos de nacionais ou sociedades de uma das Partes Contratantes no território da outra Parte Contratante não poderão ser expropriados, nacionalizados ou sujeitos a outras medidas com efeitos equivalentes à expropriação ou à nacionalização, senão por motivos de utilidade pública e mediante indemnização. A indemnização deverá corresponder ao valor que o investimento expropriado tinha imediatamente antes da data de publicação da expropriação, nacionalização ou medida equivalente já consumada ou impendente. A indemnização deverá ser paga sem demora e vencerá juros à taxa bancária usual, até à data da sua liquidação; a indemnização deverá ser efectivamente realizável e livremente transferível. Deverão ser tomadas provisões adequadas quanto à fixação e pagamento da indemnização o mais tardar no momento da expropriação, nacionalização ou medida equivalente. A legalidade da expropriação, nacionalização ou medida equivalente e o montante da indemnização deverão ser comprováveis em processo judicial normal.

3. Os nacionais ou sociedades de uma das Partes Contratantes que venham a sofrer perdas de investimentos no território da outra Parte Contratante em virtude de guerra ou outros conflitos armados, revolução, estado de emergência nacional ou sublevação, não receberão dessa Parte Contratante tratamento menos favorável em matéria de restituições, compensações, indemniza-

ções ou demais retribuições, do que o concedido aos seus próprios nacionais ou sociedades. Esses pagamentos deverão ser livremente transferíveis.

4. Em relação às matérias reguladas no presente Artigo, os nacionais ou as sociedades de uma das Partes Contratantes gozarão, no território da outra Parte Contratante, do tratamento de nação mais favorecida.

Artigo 5

Ambas as Partes Contratantes garantirão aos nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante a transferência livre das importâncias relacionadas com os investimentos, nomeadamente:

- a) do capital e das importâncias adicionais para a manutenção ou ampliação do investimento;
- b) dos rendimentos;
- c) para restituição de empréstimos;
- d) de royalties ou outras remunerações dos direitos referidos no Artigo 1 número 1 letra d;
- e) do produto resultante de uma liquidação ou alienação total ou parcial do investimento.

Artigo 6

Se uma das Partes Contratantes realizar pagamentos aos seus nacionais ou sociedades em virtude de uma garantia concedida a um investimento no território da outra Parte Contratante, esta, sem prejuízo dos direitos resultantes do Artigo 10 para a primeira Parte Contratante, reconhecerá a transferência de todos os direitos desses nacionais ou sociedades para a primeira Parte Contratante, seja por efeito legal ou com base em acto jurídico. Para além disso, a outra Parte Contratante reconhecerá a substituição da primeira Parte Contratante em todos esses direitos, podendo esta exercê-los na mesma medida que a Parte substituída (sub-rogação). A transferência das importâncias referentes a pagamentos a realizar em virtude da sub-rogação aplicar-se-ão analógicamente as disposições do Artigo 4 números 2 e 3 e do Artigo 5.

Artigo 7

1. As transferências nos termos do Artigo 4 números 2 ou 3, Artigo 5 ou 6 realizar-se-ão de imediato à taxa de câmbio em vigor.

2. Esta taxa terá de estar em conformidade com a cross rate resultante das taxas de câmbio que, na data do pagamento, o Fundo Monetário Internacional tomaria por base para o câmbio das respectivas moedas em direitos especiais de saque.

Artigo 8

1. Se das disposições legais de uma das Partes Contratantes ou das obrigações decorrentes do Direito Internacional que existem ou venham a existir futuramente entre as Partes Contrantes a par do presente Acordo resultar uma regulamentação geral ou especial em que seja concedido aos investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante um tratamento mais favorável do que o previsto no presente Acordo, essa regulamentação prevalecerá na parte em que for mais favorável.

2. Ambas as Partes Contratantes observarão qualquer outro compromisso que tenham assumido em relação a investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante no seu território.

Artigo 9

O presente Acordo aplicar-se-á também a investimentos realizados por nacionais ou sociedades de uma Parte Contratante no território da outra Parte Contratante em conformidade com as respectivas disposições legais e que tiveram lugar antes da sua entrada em vigor.

Artigo 10

1. Os litígios que surgirem entre as Partes Contratantes sobre a interpretação ou aplicação do presente Acordo serão dirimidos, na medida do possível, pelos Governos das duas Partes Contratantes.

2. Se um litígio não puder ser dirimido dessa maneira, será submetido a um tribunal arbitral a pedido de qualquer das Partes Contratantes.

3. O tribunal arbitral será constituído ad hoc, nomeando cada uma das Partes Contratantes um membro; de comum acordo, ambos os membros designarão um nacional dum terceiro Estado como presidente, que será nomeado pelos Governos das duas Partes Contratantes. Os membros deverão ser nomeados no prazo de dois meses e o presidente dentro de três meses a contar da data em que uma das Partes Contratantes tenha comunicado à outra que deseja submeter o litígio a um tribunal arbitral.

4. Se os prazos fixados no número 3 não forem observados, cada uma das Partes Contratantes poderá, na falta de qualquer outro acordo, solicitar ao Presidente do Tribunal Internacional de Justiça que proceda às necessárias nomeações. Caso o Presidente tenha a nacionalidade de qualquer das Partes Contratantes ou esteja impedido por qualquer outro motivo, caberá ao Vice-Presidente proceder às nomeações. Se o Vice-Presidente possuir também a nacionalidade de uma das Partes Contratantes ou se estiver também impedido por qualquer outro motivo, as nomeações caberão ao membro do Tribunal que se siga na hierarquia e não possua a nacionalidade de qualquer das Partes Contratantes.

5. O tribunal arbitral decidirá por maioria de votos. As suas decisões serão vinculatórias. A cada uma das Partes Contratantes caberão as despesas do seu árbitro bem como da sua representação no processo perante o tribunal arbitral; ambas as Partes Contratantes arcarão em partes iguais com as despesas do Presidente bem como com as demais despesas. O tribunal arbitral poderá adoptar um regulamento diferente quanto às despesas. O tribunal arbitral definirá as suas próprias regras processuais.

6. Se ambas as Partes Contratantes forem membros da Convenção para regular diferendos entre Estados e nacionais de outros Estados relativos a investimentos, de 18 de Março de 1965, não se poderá recorrer nos termos do Artigo 27 parágrafo 1 da Convenção ao tribunal arbitral acima previsto, visto que entre o nacional ou a sociedade de uma das Partes Contratantes e a outra Parte Contratante existe o acordo a que se refere o Artigo 25 da Convenção. Ressalva-se a possibilidade de recurso ao tribunal arbitral acima referido no caso da não observância duma decisão do tribunal arbitral estabelecido nos termos da referida Convenção (Artigo 27), no caso de transferência de direitos por força da lei ou com base em acto jurídico em conformidade com o Artigo 6 do presente Acordo.

Artigo 11

1. Os litígios que surgirem entre uma das Parte Contratantes e o nacional ou uma sociedade da outra Parte Contratante em relação a investimentos deverão, na medida do possível, ser dirimidos amigavelmente entre as partes litigantes.

2. Se um litígio não puder ser dirimido dentro de um prazo de seis meses, contado a partir da data em que uma das partes litigantes o tenha feito valer, ele será submetido, a pedido do nacional ou da sociedade da outra Parte Contratante, a um processo arbitral. Pelo presente Acordo, ambas as Partes Contra-

tantes declararam a sua concordância com tal processo. Salvo decisão contrária, as disposições do Artigo 10 números 3 a 5 aplicar-se-ão analogamente, sob condição de as partes litigantes nomearem os membros do tribunal arbitral em conformidade com o previsto no número 3 do Artigo 10 e, se os prazos referidos no número 3 do Artigo 10 não forem observados, de cada uma delas poder, por falta de outros acordos, convidar o Presidente do Tribunal de Arbitragem da Câmara Internacional de Comércio em Paris a proceder às nomeações necessárias. A sentença arbitral será executada em conformidade com o direito nacional.

3. A Parte Contratante implicada no litígio não alegará durante um processo arbitral ou a execução da sentença arbitral que o nacional ou a sociedade da outra Parte Contratante recebeu duma seguradora uma indemnização por uma parte do dano ou pela sua totalidade.

4. Se ambas as Partes Contratantes se tiverem tornado também membros da Convenção para regular diferendos entre Estados e nacionais de outros Estados relativos a investimentos, de 18 de Março de 1965, os litígios entre as partes, a que se refere o presente Artigo, serão submetidos a um processo arbitral conforme a Convenção acima referida, a não ser que as Partes Contratantes tomem decisão contrária; pelo presente Acordo, ambas as Partes Contratantes declaram a sua concordância com tal processo.

Artigo 12

O presente Acordo permanecerá em vigor mesmo no caso de conflito entre as Partes Contratantes, sem prejuízo do direito de serem adoptadas medidas provisórias admitidas pelas normas gerais do Direito Internacional. As medidas dessa natureza serão derrogadas o mais tardar no momento da cessação efectiva do conflito, independentemente da existência ou não de relações diplomáticas.

Artigo 13

Com excepção das disposições do número 6 do Protocolo – na medida em que dizem respeito aos transportes aéreos – o presente Acordo aplicar-se-á também ao "Land" de Berlim, desde que o Governo da República Federal da Alemanha não apresente ao Governo da República de Cabo Verde uma declaração em contrário dentro de três meses após a entrada em vigor do presente Acordo.

Artigo 14

1. O presente Acordo carece de ratificação; os instrumentos de ratificação serão trocados o mais brevemente possível.

2. O presente Acordo entrará em vigor um mês após a troca dos instrumentos de ratificação. Permanecerá em vigor por dez anos; após a expiração desse prazo considerar-se-á prorrogado por tempo indefinido, a não ser que uma das Partes Contratantes o denuncie, por escrito, com uma antecedência de 12 meses. Expirado o prazo de dez anos, o Acordo poderá ser denunciado em qualquer momento, com doze meses de antecedência.

3. Para os investimento realizados até ao momento da expiração do presente Acordo, permanecerão em vigor por vinte anos a partir da data da expiração do Acordo as disposições dos Artigos 1 a 13.

Feito em Bona, aos 18 de Janeiro de 1990, em dois originais, cada um em idioma alemão e português, fazendo ambos os textos igualmente fé.

Pela República Federal
da Alemanha:

ALOIS JELONEK

Pela República
de Cabo Verde

A. RODRIGUES PIRES

PROTOCOLO

Por ocasião da assinatura do Acordo sobre Promoção e Protecção Recíproca de Investimentos entre a República Federal da Alemanha e a República de Cabo Verde, os plenipotenciários abaixo-assinados acordaram ainda nas seguintes disposições que constituem parte integrante do presente Acordo:

1. Com referência ao Artigo 1

- a) Os rendimentos do investimento e, no caso do seu reinvestimento, também os rendimentos deste gozarão da mesma protecção que o próprio investimento.
- b) Considerar-se-á nacional de uma das Partes Contratantes toda a pessoa que possua um passaporte nacional emitido pelas autoridades competentes da referida Parte Contratante, sem prejuízo de outros procedimentos para a determinação da nacionalidade.

2. Com referência ao Artigo 2

- a) Os investimentos, realizados em conformidade com as disposições legais de uma Parte Contratante no campo de aplicação da sua jurisdição por nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante, gozarão da plena protecção do presente Acordo.
- b) O presente Acordo aplicar-se-á também às áreas da Zona Económica Exclusiva e da plataforma continental, desde que o Direito Internacional permita à Parte Contratante em causa o exercício dos direitos de soberania ou jurisdição nessas áreas.

3. Com referência ao Artigo 3

- a) Como "actividade", no sentido do Artigo 3 número 2, serão considerados em especial mas não exclusivamente a administração, a aplicação, o uso e o aproveitamento de um investimento. Como tratamento "menos favorável", no sentido do Artigo 3, serão consideradas especialmente as limitações à aquisição de matérias-primas e auxiliares, energia e combustíveis, bem como de meios de produção e exploração de todo o tipo, o impedimento à venda de produtos dentro do país e no estrangeiro, e ainda outras medidas com efeito semelhante. Não serão consideradas como tratamento "menos favorável", no sentido do Artigo 3, as medidas tomadas por razões de segurança e ordem pública, de saúde pública ou de ordem moral.

- b) As disposições do Artigo 3 não obrigam nenhuma das Partes Contratantes a estender as vantagens, isenções e reduções fiscais que, segundo as leis tributárias, somente são concedidas a pessoas físicas e sociedades residentes no seu território a pessoas físicas e sociedades residentes no território da outra Parte Contratante.
- c) No âmbito das suas disposições legais internas, ambas as Partes Contratantes examinarão com benevolência os requerimentos de entrada e permanência de pessoas de uma das Partes Contratantes que desejarem entrar no território da outra Parte Contratante em conexão com um investimento; o mesmo valerá para os assalariados de uma das Partes Contratantes que quiserem entrar e permanecer no território da outra Parte Contratante em conexão com um investimento, para exercer uma actividade remunerada. Os requerimentos de autorização de trabalho serão igualmente examinados com benevolência.

4. Com referência ao Artigo 4

O direito à indemnização também prevalecerá se houver uma intervenção do Estado na empresa que é objecto do investimento, comprometendo consideravelmente a substância económica da mesma.

5. Com referência ao Artigo 7

Uma transferência considerar-se-á como realizada "sem demora", no sentido do número 1 do Artigo 7, quando se efectuar dentro do prazo normalmente necessário para o cumprimento das necessárias formalidades. O prazo será contado a partir do dia em que o requerimento tenha sido apresentado, não podendo em caso algum exceder dois meses.

6. Com referência aos transportes de bens e pessoas decorrentes do investimento nenhuma das Partes Contratantes excluirá ou dificultará a utilização de empresas de transporte da outra Parte Contratante, outorgando, quando necessário, as autorizações para a realização dos transportes. As disposições acima indicadas abrangem o transporte de:

- a) bens directamente destinados ao investimento abrangido no âmbito do presente Acordo ou adquiridos no território de uma das Partes Contratantes ou de um terceiro Estado por uma empresa ou por conta de uma empresa nas quais tenha sido investido capital no âmbito do presente Acordo;
- b) pessoas em deslocações relacionadas com os investimentos.

[TRANSLATION — TRADUCTION]

**TREATY¹ BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
AND THE REPUBLIC OF CAPE VERDE CONCERNING
THE PROMOTION AND RECIPROCAL PROTECTION OF IN-
VESTMENTS**

The Federal Republic of Germany and the Republic of Cape Verde,

Desiring to intensify economic cooperation between the two States,

Intending to create favourable conditions for investments by nationals or companies of one State in the territory of the other State,

Recognizing that the promotion and protection of such investments on the basis of this Treaty will stimulate private economic initiative and increase the prosperity of both peoples,

Have agreed as follows:

Article 1

For the purposes of this Treaty

1. The term “investments” shall comprise all types of assets and, in particular, to:

(a) Movable and immovable property, and other rights *in rem* such as mortgages and liens;

(b) Shares and other forms of interest in companies;

(c) Claims to money invested to generate economic value or claims to services having an economic value;

(d) Copyrights, industrial property rights, technical processes, trademarks, trade names, know-how and goodwill;

(e) Public law concessions for, *inter alia*, prospecting, production and exploitation;

Changes in the form in which assets are invested shall not affect their status as investments.

2. The term “returns” means the amounts yielded by an investment over a specific period such as profits, dividends, interest, royalties or other forms of remuneration from the investment.

3. The term “nationals” means:

(a) In respect of the Federal Republic of Germany, Germans as defined in the Basic Law of the Federal Republic of Germany; and

(b) In respect of the Republic of Cape Verde, Cape Verdeans as defined in the nationality legislation in force in the Republic of Cape Verde.

¹ Came into force on 15 December 1993, i.e., one month after the exchange of the instruments of ratification, which took place at Praia on 15 November 1993, in accordance with article 14 (2).

4. The term "companies" means:

(a) In respect of the Federal Republic of Germany, any legal person or trading company or other company or association with or without legal personality, for-profit or not-for-profit, provided that it has its head office within the German area of applicability of this Agreement; and

(b) In respect of the Republic of Cape Verde, any collective personality, provided that it has its head office in the Cape Verdean area of applicability of this Agreement.

Article 2

(1) Each Contracting Party shall permit and, to the extent possible, promote investments made in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party in accordance with the legislation currently in force. In all cases they shall ensure just and equitable treatment of investments.

(2) Neither Contracting Parties shall in any way impede through arbitrary or discriminatory measures the administration, application, use or enjoyment of the investments of nationals or companies of the other Contracting Party in its territory.

Article 3

(1) Neither Contracting Party shall accord to investments in its territory that are the property, or under the control, of nationals or companies of the other Contracting Party treatment less favourable than that which is accorded to the investments of its own nationals and companies or to nationals and companies of third States.

(2) Neither Contracting Party shall accord to nationals or companies of the other Contracting Party, in respect of investment-related activities, treatment less favourable than that accorded to its own nationals and companies or to the nationals and companies of third States.

(3) This regime shall not apply to privileges which a Contracting Party may grant to nationals or companies of third States by virtue of their membership in a customs or economic union, a common market or a free trade area or by reason of their association with any of the above.

(4) The regime established in this article shall not apply to benefits which a Contracting Party may grant to nationals or companies of third States on the basis of a double taxation agreement or other agreements concerning matters of taxation.

Article 4

1. Investments by nationals or companies of one Contracting Party shall enjoy full protection and full security in the territory of the other Contracting Party.

2. Investments by nationals or companies of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party may be expropriated, nationalized or subjected to other measures with effects equivalent to expropriation or nationalization only for reasons of the public good and against payment of compensation. Such compensation shall correspond to the value of the expropriated investment immediately prior to the time when the completed or pending expropriation, nationalization or equivalent measure was made public. Compensation shall be paid without delay and shall earn interest at normal bank interest rates until payment is effected.

Compensation shall be effectively convertible and freely transferable. Appropriate arrangements for the establishment and payment of compensation shall be made no later than the time when the expropriation, nationalization or equivalent measure is carried out. The legality of the expropriation, nationalization or equivalent measure and the amount of compensation shall be subject to review through normal legal proceedings.

3. If the nationals or companies of one Contracting Party suffer investment losses in the territory of the other Contracting Party as a result of war or other armed conflict, revolution, state of national emergency or unrest, they shall receive from that Contracting Party treatment no less favourable in respect of restitution, compensation, indemnities or other redress than that accorded to its own nationals or companies. Such payments shall be freely transferable.

4. In matters governed by this article, the nationals or companies of one Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party.

Article 5

Each Contracting Party shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party free transfer of payments in connection with investments, in particular of:

- (a) Capital and additional payments to maintain or expand the investment;
- (b) Income;
- (c) Loan repayments;
- (d) Royalties or other remuneration from the rights mentioned in article 1, paragraph 1 (d);
- (e) Proceeds from the complete or partial liquidation or sale of the investment.

Article 6

If one Contracting Party makes payments to its nationals or companies pursuant to a guarantee given in respect of an investment made in the territory of the other Contracting Party, the second Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the first Contracting Party deriving from article 10, recognize the subrogation of all rights or claims of those nationals or companies to the first Contracting Party, whether that subrogation is effected on the basis of law or contract. Furthermore, the second Contracting Party shall recognize that the first Contracting Party has entered into all such rights or claims (subrogated rights) and is entitled to exercise them to the same extent as its legal antecessor. Transfers of sums paid in respect of subrogated rights or claims shall also be subject to the provisions of article 4, paragraphs 2 and 3, and of article 5.

Article 7

1. Transfers under article 4, paragraphs 2 and 3; article 5; and article 6 shall be effected without delay at the rate of exchange then current.
2. That rate of exchange shall correspond to the cross rate of the rates of exchange which, on the date of payment, the International Monetary Fund would take as the basis for converting the relevant currencies into special drawing rights.

Article 8

1. If the legislation of one Contracting Party or obligations under international law existing at present or established in the future between the Contracting Parties in addition to this Agreement contain a general or special arrangement according the nationals or companies of the other Contracting Party treatment more favourable than that accorded under this Treaty, such arrangement shall to the extent that it is more favourable prevail over this Treaty.

2. Each Contracting Party shall comply with any other obligation it has assumed in respect of investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 9

This Treaty shall also apply to investments made by nationals or companies of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party under their respective legislation prior to the entry into force of this Treaty.

Article 10

1. Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be settled by the Governments of the two Contracting Parties.

2. If a dispute cannot be settled in this manner, it shall, at the request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal.

3. The arbitral tribunal shall be constituted on an *ad hoc* basis. Each Contracting Party shall designate one member, and the two members shall, by mutual agreement designate a national of a third State, who shall be appointed chairman by the Governments of the two Contracting Parties. Members shall be appointed within two months and the chairman within three months from the date on which one Contracting Party notifies the other Contracting Party that it wishes to submit the dispute to an arbitral tribunal.

4. If the time limits established in paragraph 3 of this article are not observed, either Contracting Party may, unless otherwise agreed, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. In the event that the President is a national of either Contracting Party or is unable to act for any other reason, the Vice-President shall make the appointments. If the Vice-President is also a national of one of the Contracting Parties or is also unable to act for any other reason, the appointments shall be made by the next most senior member of the Court who is not a national of either Contracting Party.

5. The arbitral tribunal shall decide by majority vote. Its decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the costs of its own member and of its representation in the arbitration process; the costs of the chairman of the arbitral tribunal and any other costs shall be divided equally between the Contracting Parties. The arbitral tribunal may determine a different allocation of costs. The arbitral tribunal shall draw up its own rules of procedure.

6. If both Contracting Parties are parties to the Convention on the Settlement of Investment Disputes Between States and Nationals of Other States of 18 March 1965,¹ recourse to the above-mentioned arbitral tribunal shall be under article 27,

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 575, p. 159.

paragraph 1, of the Convention may not take place, since the consent mentioned in article 25 thereof has been established between the national or company of one Contracting Party and the other Contracting Party. The possibility of recourse to the above-mentioned arbitral tribunal where a decision of the arbitral tribunal established under article 25 of the said Convention has not been complied with or where transfer of rights has been effected on the basis of law or contract in accordance with article 6 of this Treaty.

Article 11

1. Disputes relating to investments between one Contracting Party and a national or company of the other Contracting Party shall, as far as possible, be settled amicably between the parties to the dispute.
2. If the dispute cannot be settled within six months from the time when a claim is asserted by one of the parties thereto, it shall be submitted to arbitration proceedings at the request of the national or company of the other Contracting Party. By this Treaty, the two Contracting Parties hereby affirm their consent to such proceedings. Unless otherwise agreed by the parties to the dispute, the provisions of article 10, paragraphs 3 to 5 shall also apply, subject to the proviso that the members of the arbitral tribunal shall be appointed by the parties to the dispute in accordance with the provisions of article 10, paragraph 3, and that, if the time limits provided for in article 10, paragraph 3, are not observed, either party to the dispute may, in the absence of any other arrangement, request the President of the International Court of Arbitration of the International Chamber of Commerce in Paris to make the necessary appointments. The arbitral decision shall be implemented in accordance with domestic legislation.
3. In the course of the arbitration proceedings or of the implementation of an arbitral award, the Contracting Party involved in the dispute shall not raise the objection that the national or company of the other Contracting Party received compensation for all or part of his losses under an insurance policy.
4. If the two Contracting Parties have also become parties to the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States of 18 March 1965, the disputes between the parties referred to in this article shall be submitted to arbitral proceedings in accordance with that Convention unless the Contracting Parties decide otherwise; the two Contracting Parties hereby affirm their consent to such proceedings.

Article 12

This Treaty shall remain in force even in the event of a dispute between the Contracting Parties, without prejudice to the right to take temporary measures permitted under the general provisions of international law. Such measures shall be lifted no later than the *de facto* ending of the dispute, irrespective of the existence of diplomatic relations.

Article 13

Except as regards the provisions of paragraph 6 of the Protocol hereto, insofar as they apply to air transport, this Treaty shall apply also to *Land Berlin*, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the Republic of Cape Verde within three months of the entry into force of this Treaty.

Article 14

1. This Treaty is subject to ratification; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

2. This Treaty shall enter into force one month after the exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for ten years, and shall be extended thereafter for an unlimited period, unless either Contracting Party gives written notification of denunciation at least 12 months prior to its expiration. After the expiry ten years, the Treaty may be denounced at any time, subject to 12 months' prior notice.

3. With respect to investments made prior to the termination of this Treaty, articles 1 to 13 shall continue to apply for a further 20 years from the date of expiration of the Agreement.

DONE at Bonn on 18 January 1990 in two original copies in the German and Portuguese languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic
of Germany:

ALOIS JELONEK

For the Republic
of Cape Verde:

A. RODRIGUES PIRES

PROTOCOL

At the time of signature of the Treaty on the Promotion and Reciprocal Protection of Investments between the Federal Republic of Germany and the Republic of Cape Verde, the undersigned plenipotentiaries have agreed on the following provisions, which shall constitute an integral part of the Treaty:

1. *Ad article 1:*

(a) The returns on investments and, where they have been reinvested, the returns on such reinvestment shall enjoy the same protection as the investments themselves.

(b) Without prejudice to other procedures used to determine nationality, a national of a Contracting Party shall be deemed to be any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of the Contracting Party in question.

2. *Ad article 2:*

(a) Investments made in accordance with the legislation of one Contracting Party and within the area of applicability of the said legislation by nationals or companies of the other Contracting Party shall enjoy full protection under this Treaty.

(b) This Treaty shall also apply to areas in the exclusive economic zone and to the continental shelf, provided that the Contracting Party in question is entitled under international law to exercise sovereignty or jurisdiction over such areas.

3. *Ad article 3:*

(a) "Activities" within the meaning of article 3, paragraph 2, shall include, in particular but not exclusively, the management, maintenance, use and enjoyment of an investment. "Less favourable" treatment within the meaning of article 3 shall include, in particular, restrictions on the acquisition of raw and auxiliary materials, energy and fuel, inputs for production or exploitation of any kind, barriers to the marketing of products within the country or abroad, and other measures having similar effect. Measures taken for reasons of public security and safety, public health or public decency shall not be deemed to be "less favourable" treatment within the meaning of article 3.

(b) The provisions of article 3 shall not oblige a Contracting Party to grant to individuals and companies domiciled in the territory of the other Contracting Party such tax advantages, exemptions and reductions as are accorded under tax legislation, only to individuals and companies domiciled in its own territory.

(c) The Contracting Parties shall, within the framework of their domestic legislation, give sympathetic consideration to applications for entry and residence by individuals from either Contracting Party wishing to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment. The same shall apply to employees from one Contracting Party who, in connection with an investment, wish to enter the territory of the other Contracting Party and remain there in order to take up employment. Applications for work permits shall also receive sympathetic consideration.

4. *Ad article 4:*

The entitlement to compensation shall also extend to cases where the State has taken action in respect of the enterprise in which an investment has been made, thus substantially impairing the worth of the said enterprise.

5. *Ad article 7:*

A transfer shall be deemed to have effected "without delay" within the meaning of article 7, paragraph 1, if it is effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. Such period shall begin on the day of submission of the application and may on no account exceed two months.

6. With respect to the transport of goods and persons in connection with an investment, neither of the Contracting Parties shall exclude or restrict transport enterprises of the other Contracting Party and, where necessary, shall issue permits for transport operations. This provision shall cover the transport of:

(a) Goods directly related to investments within the meaning of this Treaty or acquired in the territory of one Contracting Party or of a third State by or on behalf of a company in which assets within the meaning of this Treaty have been invested; and

(b) Individuals travelling in connection with an investment.

[TRADUCTION — TRANSLATION]

**TRAITÉ¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
ET LA RÉPUBLIQUE DU CAP-VERT RELATIF À L'ENCOU-
RAGEMENT ET À LA PROTECTION RÉCIPROQUE DES INVES-
TISSEMENTS**

La République fédérale d'Allemagne et la République du Cap-Vert,
Désireuses d'intensifier la coopération économique entre les deux Etats,
S'efforçant d'instaurer des conditions favorables aux investissements de ressortissants ou de sociétés d'un Etat sur le territoire de l'autre Etat,

Reconnaissant que l'encouragement de ces investissements et leur protection au moyen d'un accord peuvent servir à stimuler l'initiative économique privée et à accroître le bien-être des deux peuples,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

Aux fins du présent Traité,

1. Le terme « investissements » désigne toutes les sortes de biens, en particulier

a) La propriété de biens mobiliers et immobiliers ainsi que les autres droits réels tels que les hypothèques et les droits de gage;

b) Les parts de société et autres formes de participation à des sociétés;

c) Les créances portant sur des sommes d'argent ayant servi à créer une valeur économique ou sur des prestations ayant une valeur économique;

d) Les droits d'auteur, les droits de propriété industrielle, les procédés techniques, les marques de fabrique ou de commerce, les dénominations commerciales, le savoir-faire et la clientèle;

e) Les concessions de droit public, y compris les concessions de prospection et d'extraction.

Les modifications touchant le mode d'investissement des biens n'altèrent pas leur qualité d'investissements.

2. Le terme « revenus » désigne les sommes rapportées par un investissement pendant une période donnée, telles que les bénéfices, dividendes, intérêts, redevances ou autres formes de rémunération;

3. Le terme « ressortissants » désigne

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne : les Allemands tels qu'ils sont définis dans la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;

¹ Entré en vigueur le 15 décembre 1993, soit un mois après l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Praia le 15 novembre 1993, conformément au paragraphe 2 de l'article 14.

b) En ce qui concerne la République du Cap-Vert : les Cap-Verdiens tels qu'ils sont définis dans la Loi sur la nationalité en vigueur dans la République du Cap-Vert;

4. Le terme « sociétés » désigne

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne : toute personne morale ainsi que toute société commerciale ou autre société ou association ayant ou non la personnalité juridique et ayant ou non un but lucratif, qui a son siège dans le domaine d'application allemand du présent Traité;

b) En ce qui concerne la République du Cap-Vert : toute personne collective qui a son siège dans le domaine d'application cap-verdien du présent Traité.

Article 2

1) Chacune des Parties contractantes encouragera dans la mesure du possible les investissements sur son territoire des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante et les autorisera conformément à sa législation. Elle les traitera dans tous les cas de manière juste et équitable.

2) Aucune des Parties contractantes n'entravera d'une manière quelconque l'administration, l'emploi, l'utilisation ou l'exploitation des investissements des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante sur son territoire par des moyens arbitraires ou discriminatoires.

Article 3

1) Chacune des Parties contractantes traitera les investissements sur son territoire, qu'ils appartiennent à des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante ou soient sous leur contrôle, d'une manière non moins favorable que les investissements de ses propres ressortissants et sociétés ou que les investissements de ressortissants et sociétés d'Etats tiers.

2) Chacune des Parties contractantes traitera les ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante, quant à leur activité relative à des investissements sur son territoire, d'une manière non moins favorable que ses propres ressortissants et sociétés ou que les ressortissants et sociétés d'Etats tiers.

3) Ce traitement ne concerne pas les priviléges que l'une des Parties contractantes accorde aux ressortissants ou sociétés d'Etats tiers du fait qu'ils appartiennent ou sont associés à une union douanière ou économique, à un marché commun ou à une zone de libre-échange.

4) Le traitement visé dans le présent article ne concerne pas les avantages qu'une Partie contractante accorde aux ressortissants ou sociétés d'Etats tiers au titre d'une convention tendant à éviter la double imposition ou d'autres conventions relatives à des questions fiscales.

Article 4

1) Les investissements des ressortissants ou sociétés de l'une des Parties contractantes bénéficient d'une entière protection et d'une entière sécurité sur le territoire de l'autre Partie contractante.

2) Les investissements des ressortissants ou sociétés de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre Partie contractante ne peuvent être expropriés, nationalisés ou soumis à d'autres mesures ayant des effets équivalant à l'expropriation ou à la nationalisation que dans l'intérêt public et contre indemnisation. L'in-

demnité doit correspondre à la valeur que l'investissement exproprié possédait immédiatement avant le moment où l'expropriation, la nationalisation ou la mesure équivalente effective ou imminente a été rendue publique. Elle doit être versée sans délai et assortie, jusqu'à la date du paiement, d'un intérêt conforme au taux bancaire habituel; elle doit être effectivement réalisable et librement transférable. Des dispositions appropriées concernant la fixation et le versement de l'indemnisation seront prises au plus tard lors de l'expropriation, de la nationalisation ou de la mesure équivalente. La régularité de l'expropriation, de la nationalisation ou de la mesure équivalente et le montant de l'indemnité doivent pouvoir être vérifiés au cours d'une procédure judiciaire normale.

3) Les ressortissants ou sociétés de l'une des Parties contractantes qui subissent des pertes d'investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante en raison d'une guerre ou de tout autre conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence national ou d'un soulèvement ne seront pas traités par cette autre Partie contractante d'une manière moins favorable en matière de restitution, de dédommagement, d'indemnisation ou autres contreparties que ses propres ressortissants ou sociétés. Ces paiements devront être librement transférables.

4) En ce qui concerne les questions régies par le présent article, les ressortissants ou sociétés de l'une des Parties contractantes bénéficient, sur le territoire de l'autre Partie contractante, du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 5

Chacune des Parties contractantes garantit aux ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante le libre transfert des paiements liés aux investissements, et notamment

- a) Du capital et des sommes supplémentaires nécessaires à l'entretien ou à l'extension de l'investissement;
- b) Des revenus;
- c) Des remboursements de prêts;
- d) Des droits de licence ou autres redevances correspondant aux droits visés à l'alinéa *d* du paragraphe 1 de l'article premier;
- e) Du produit retiré de la liquidation ou de l'aliénation totale ou partielle de l'investissement.

Article 6

Si l'une des Parties contractantes effectue, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, des versements à ses ressortissants ou sociétés, cette dernière reconnaîtra, sans préjudice des droits de la première Partie visés à l'article 10, la cession à la première Partie, par l'effet d'une loi ou d'un acte judiciaire, de tout droit ou prétention de ces ressortissants ou sociétés. L'autre Partie contractante reconnaîtra en outre la subrogation de la première Partie contractante à tous les droits ou prétentions en question que la première Partie sera habilitée à exercer dans la même mesure que son prédécesseur en titre (subrogation). Les paragraphes 2 et 3 de l'article 4 et l'article 5 s'appliquent par analogie au transfert des paiements à effectuer au titre de la subrogation.

Article 7

- 1) Les transferts visés aux paragraphes 2 ou 3 de l'article 4 et aux articles 5 et 6 ont lieu sans délai au taux de change en vigueur.
- 2) Ce taux correspondra au taux croisé résultant des taux de change que le Fonds monétaire international appliquerait, au moment du paiement, à la conversion des devises en question en droits de tirage spéciaux.

Article 8

- 1) Si, en vertu de la législation de l'une des Parties contractantes ou d'obligations de droit international qui existent ou viendraient à exister entre les Parties contractantes en sus du présent Traité, une disposition générale ou particulière stipule d'accorder aux investissements réalisés par les ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que ne le prévoit le présent Traité, ladite disposition prévaut sur le présent Traité dans la mesure où elle est plus favorable.

- 2) Chacune des Parties contractantes respectera toute autre obligation qu'elle aura contractée en ce qui concerne les investissements réalisés sur son territoire par des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante.

Article 9

Le présent Traité s'applique également aux investissements déjà réalisés avant son entrée en vigueur par des ressortissants ou sociétés de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre Partie conformément à la législation de celle-ci.

Article 10

- 1) Les différends entre les Parties contractantes relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Traité seront, dans la mesure du possible, réglés par les Gouvernements des deux Parties contractantes.
- 2) Si un différend ne peut être réglé de cette manière, il sera soumis à un tribunal arbitral sur la demande de l'une des Parties contractantes.
- 3) Le tribunal arbitral sera composé cas par cas de la manière suivante : chacune des Parties contractantes nommera un membre, et les deux membres désigneront d'un commun accord un ressortissant d'un Etat tiers comme Président, qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres seront nommés dans les deux mois, et le Président dans les trois mois suivant la date à laquelle l'une des Parties contractantes aura fait connaître à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral.
- 4) Si les délais visés au paragraphe 3 ne sont pas respectés, chacune des Parties contractantes pourra, faute d'un autre arrangement, prier le Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Si le Président est un ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est empêché pour une autre raison, les nominations seront faites par le Vice-Président. Si le Vice-Président est aussi un ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est aussi empêché, les nominations incomberont au membre de la Cour qui suit dans la hiérarchie et n'a pas la nationalité de l'une des Parties contractantes.
- 5) Le tribunal arbitral se prononce à la majorité. Ses décisions ont force obligatoire. Les Parties contractantes supporteront chacune les frais de leur arbitre et de

leurs représentants à la procédure arbitrale; les frais du Président et les autres frais seront répartis à égalité entre les Parties contractantes. Le tribunal peut convenir d'un autre mode de répartition des frais. Pour le reste, il règle lui-même sa procédure.

6) Si les deux Parties contractantes sont également parties à la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats, en date du 18 mars 1965¹, le tribunal arbitral susmentionné peut, compte tenu du règlement énoncé au paragraphe 1 de l'article 27 de la Convention, ne pas être convoqué dans la mesure où est intervenu entre le ressortissant ou la société d'une Partie contractante et l'autre Partie contractante un arrangement au titre de l'article 25 de la Convention. Les dispositions qui précèdent n'empêchent toutefois pas de faire appel à un tel tribunal arbitral lorsqu'une décision du tribunal arbitral visé à l'article 27 de ladite Convention n'est pas respectée, ou encore dans le cas d'une cession résultant d'une loi ou d'une transaction légale visée à l'article 6 du présent Traité.

Article 11

1) Les différends qui pourraient surgir au sujet d'un investissement entre l'une des Parties contractantes et un ressortissant ou une société de l'autre Partie contractante seront dans la mesure du possible réglés à l'amiable entre les parties au litige.

2) Si un différend ne peut être réglé dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle il a été soulevé par l'une des deux parties au litige, il sera soumis à une procédure arbitrale sur la demande du ressortissant ou de la société de l'autre Partie contractante. Dans la mesure où les parties au différend n'en sont pas convenues autrement, les dispositions des paragraphes 3 à 5 de l'article 10 s'appliquent par analogie, sous réserve que les parties au litige désigneront les membres du tribunal arbitral conformément au paragraphe 3 de l'article 10 et que, si les délais visés au paragraphe 3 de l'article 10 ne sont pas respectés, chacune des parties au litige pourra, faute d'autres dispositions, demander au Président de la Cour d'arbitrage de la Chambre de commerce internationale de Paris de procéder aux désignations voulues. La sentence arbitrale sera exécutée conformément au droit intérieur.

3) La Partie contractante au litige ne fera pas valoir, au cours d'une procédure arbitrale ou de l'exécution d'une sentence arbitrale, le fait que le ressortissant ou la société de l'autre Partie contractante a reçu au titre d'une assurance une indemnisation pour une partie ou pour la totalité du dommage.

4) Si les deux Parties contractantes sont également parties à la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats, en date du 18 mars 1965, les différends entre les parties visés par le présent article seront soumis à une procédure arbitrale au titre de la Convention susmentionnée, à moins que les parties au litige n'en conviennent autrement; par le présent Traité, les deux Parties contractantes déclarent acquiescer à une telle procédure.

Article 12

Le présent Traité restera en vigueur même en cas de conflit entre les Parties contractantes, sans préjudice de leur droit à prendre les mesures conservatoires

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 575, p. 159.

autorisées par les règles générales du droit international. Ces mesures seront rapportées au plus tard à la date de cessation effective du conflit, qu'il existe ou non des relations diplomatiques.

Article 13

A l'exception des dispositions du paragraphe 6 du Protocole — dans la mesure où elles se rapportent aux transports aériens —, le présent Traité s'applique également au Land de Berlin, sauf notification contraire adressée par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République du Cap-Vert dans les trois mois qui suivront son entrée en vigueur.

Article 14

1) Le présent Traité est soumis à ratification; les instruments de ratification seront échangés dès que possible.

2) Le présent Traité entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix ans; à l'expiration de ce délai, il sera reconduit pour une durée indéterminée, sauf si l'une des Parties contractantes le dénonce par écrit avec un préavis de douze mois. A l'expiration du délai de dix ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment, avec un préavis de douze mois.

3) En ce qui concerne les investissements réalisés jusqu'à la date d'expiration du présent Traité, les articles 1 à 13 s'appliqueront encore pendant vingt ans à compter de cette date.

FAIT à Bonn le 18 janvier 1990 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et portugaise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale
d'Allemagne :

ALOIS JELONEK

Pour la République
du Cap-Vert :

A. RODRIGUES PIRES

PROTOCOLE

A la signature du Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Cap-Vert relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements, les plénipotentiaires soussignés sont en outre convenus des dispositions ci-après, qui forment partie intégrante du Traité :

1) *En ce qui concerne l'article premier :*

- a) Les revenus de l'investissement, et leurs revenus s'ils sont réinvestis, bénéficient de la même protection que l'investissement.
- b) Est considérée comme ressortissante de l'une des Parties contractantes toute personne possédant un passeport national délivré par les autorités compétentes de ladite Partie contractante, sans préjudice des autres procédures visant à déterminer la nationalité.

2) *En ce qui concerne l'article 2 :*

- a) Les investissements réalisés conformément aux dispositions législatives de l'une des Parties contractantes sur le territoire auquel s'applique sa législation par des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante bénéficient de l'entièvre protection prévue dans le présent Traité.

- b) Le présent Traité s'applique aussi aux territoires de la zone économique exclusive et du plateau continental, dans la mesure où le droit international autorise la Partie contractante concernée à exercer des droits souverains ou une juridiction sur ces territoires.

3) *En ce qui concerne l'article 3 :*

- a) Sont notamment mais non exclusivement considérés comme « activités » au sens du paragraphe 2 de l'article 3 l'administration, l'emploi, l'utilisation ou l'exploitation d'un investissement. Sont notamment considérés comme traitement « moins favorable » au sens de l'article 3 toute restriction à l'acquisition de matières premières et matières auxiliaires, d'énergie et de combustible ou de moyens de production et d'exploitation de toute nature, les obstacles à la vente de produits dans le pays et à l'étranger ainsi que les autres mesures ayant des effets analogues. Ne sont pas considérés comme traitement « moins favorable » au sens de l'article 3 les mesures prises pour des raisons de sécurité et d'ordre public, de santé publique ou de mœurs.

- b) Les dispositions de l'article 3 n'obligent pas une Partie contractante à étendre aux personnes physiques et aux sociétés résidant sur le territoire de l'autre Partie contractante les exemptions, réductions et avantages fiscaux qu'elle n'accorde, conformément à la législation fiscale, qu'aux personnes physiques et aux sociétés résidant sur son territoire.

- c) Dans la limite de leurs législations respectives, les Parties contractantes examineront avec bienveillance les demandes d'entrée et de séjour présentées par des personnes de l'une des Parties contractantes qui souhaitent entrer sur le territoire de l'autre Partie contractante au titre d'un investissement; il en est de même pour les salariés de l'une des Parties contractantes qui souhaitent, au titre d'un investissement, entrer sur le territoire de l'autre Partie contractante et y séjournier pour y exercer une activité salariée. Les demandes de permis de travail seront également examinées avec bienveillance.

4) *En ce qui concerne l'article 4 :*

Un droit à indemnisation existe également s'il y a eu une intervention de l'Etat dans l'entreprise qui est l'objet de l'investissement et que la substance économique de celle-ci en a été considérablement compromise.

5) *En ce qui concerne l'article 7 :*

Est réputé effectué « sans délai » au sens du paragraphe 1 de l'article 7 un transfert effectué dans le délai normalement nécessaire pour accomplir les formalités de transfert. Ce délai court à partir de la présentation de la demande correspondante et ne peut en aucun cas dépasser deux mois.

6) Pour le transport des biens et des personnes effectué au titre d'un investissement, les Parties contractantes s'abstiendront d'exclure ou d'entraver la participation des entreprises de transport de l'autre Partie contractante et délivreront, lorsqu'il y a lieu, les autorisations nécessaires à l'exécution des transports. Sont visés les transports

a) De biens destinés directement à l'investissement au sens du présent Traité ou acquis, sur le territoire de l'une des Parties contractantes ou d'un Etat tiers, par une entreprise ou pour le compte d'une entreprise où sont investis des biens au sens du présent Traité;

b) De personnes qui voyagent au titre d'un investissement.
